



## Susanne Schneider MdL

Mitglied der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen  
Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation  
Sprecherin für Gesundheit

Landtag NRW • Susanne Schneider MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4458  
Fax: (0211) 884-3658  
E-Mail: susanne.schneider-mdl  
@landtag.nrw.de  
Düsseldorf, 29.11.2012

### Pressemitteilung

#### **Schneider: SPD folgt grüner Tugenddiktatur**

*Landtag NRW beschließt neues Nichtrauchererschutzgesetz*

Gestern (29.11.) hat der nordrhein-westfälische Landtag mit den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition das neue Nichtrauchererschutzgesetz auf den Weg gebracht. In einem parallel dazu eingebrachten Entschließungsantrag „Nichtraucher schützen – Brauchtum respektieren – Raucher nicht diskriminieren“ bekennt sich die FDP klar zu einem umfassenden Nichtrauchererschutz, begründet aber auch ihre deutliche Kritik an den Plänen der Landesregierung für ein absolutes Rauchverbot. „Wir sind uns im Parlament über alle Fraktionen hinweg einig, dass ein umfassender Nichtrauchererschutz richtig und wichtig ist“, unterstreicht Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW. Aber SPD und Grünen – insbesondere der grünen Gesundheitsministerin Barbara Steffens – geht es längst nicht mehr nur um Nichtrauchererschutz.

„Mit diesem Gesetz werden aus Sicht der FDP die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmer und ehrenamtlicher Vereine in erheblichem Maße beschnitten.“, erläutert Susanne Schneider ihre ablehnende Haltung. „Ich kritisiere diese allumfassende Verbotspolitik als unverhältnismäßig, da sie das Anliegen des Nichtraucherenschutzes überschreitet und im Ergebnis zu einer weitgehenden Diskriminierung von Raucherinnen und Rauchern führt.“

In ihrer gestrigen Rede im Düsseldorfer Landtag hob Schneider auch die Haltung der SPD hervor, die vor ihrem grünen Koalitionspartner eingeknickt ist, obwohl es auch an der SPD-Basis starken Protest gegen das Gesetz gegeben hat. Schneider sagte an die Adresse der Sozialdemokraten: „In blindem Gehorsam folgt die SPD ergeben dem erhobenen Zeigefinger der grünen Volkserzieher!“

In ihrem Entschließungsantrag kritisiert die FDP-Fraktion auch die Regelung zu geschlossenen Gesellschaften. Die Liberalen setzen statt auf Bevormundung auf Prävention und Aufklärung über die Risiken des Rauchens.